

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsintrate lösen pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinsrate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: F. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Borlum, Alteschauer Straße 98-102, Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Alteschauer Borlum.

### Miesmacher und Flaumacher.

Im Westen sind die deutschen Heere aus ihren vorgeschobenen Stellungen zurückgebrängt. Wochenlang dauern nun schon die furchtbaren Schlachten. Der Feind hat einen Teil des ihm im Frühjahr entzogenen Terrains zurückerobert; er meldet keine geringen Zahlen von Gefangenen und eroberten Geschützen. Die deutsche Heeresleitung gibt den Misserfolg der von ihr vorbereiteten umfassenden Offensivpläne an. In den besetzten Ländern jubiliert man und rechnet auf „entscheidende Erfolge“ noch vor Eintreten des Winters.

Im Osten liegen die Dinge so, daß nun selbst ein alld deutsches Blatt, das den „Frieden“ von West-Litowitz frohgemut begrüßte und zu seiner schneidigen erobertungspolitischen Ausbeutung aufzuforderte, jetzt niedergeschlagen erklärt, „dort“, im Osten, sei ein „Stubbeldmüddel“ mit unserer Hilfe geschaffen, der „bereinigt“ werden müsse. Selbst dieses Blatt rät nun zu einem „Hand im Sand gehen“ mit den — roten Bolschewisten, die es noch vor gar nicht langer Zeit mit Mäulern und Mördern gleichstellte. Wenn nun sogar solche Organe von einem „Stubbeldmüddel im Osten“ sprechen, wenn sie eingestehen müssen, daß der Friede von West-Litowitz uns die Freundschaft des russischen Volkes nicht erworben habe und nicht erwerben könne“ (alld deutsches „Bergwerkszeitung“ vom 25. August), dann kann sich jeder leicht vorstellen, wie schlimm die Karre im Osten verfahren ist.

Vor kurzem sahen unsere Kriegsroutinier und Siegfrieder noch auf dem höchsten Korb, jetzt heulmeiern sie ihrem Publikum in täglichen Leitartikeln die Ohren so voll, daß man glauben könnte, die feindlichen Heeresmassen ständen am Rhein statt im Gebiet der Somme. Durch jene Stimmungspolitik, die empfindlich wie die Laubfrösche auf gutes und schlechtes Wetter reagieren, heute die ganze Welt besiegen wollen, morgen fagenjämmerliche Löhne von sich geben, ist der deutschen Sache unendlich geschadet worden. Wir haben seit Ausbruch des Weltkrieges stets auf die schwere Gefahr für die Existenz unseres Gemeinwesens verwiesen, niemals den feindlichen Ansturm unterschätzt, immer die Notwendigkeit der Charakterisierung dieses Krieges als unseres Vorkrieges betonen, deshalb energisch Front gemacht gegen die kriegsverlängernde Agitation für offene und versteckte Annexionen. Immer wieder haben wir daran erinnert, welche ungeheure Uebermacht gegen uns steht, daß ihre Abwehr allein schon ein großer Sieg wäre, Wechselfälle unausbleiblich seien in einem solchen gigantischen Kämpfe. Das war und ist kein Flaumachen, sondern vernünftige Bewertung der tatsächlichen Verhältnisse. Wäre allerorts und überall in unserem Lande dem Volke so die Wirklichkeit zum Verständnis gebracht worden, dann blieben wir bei gutem Kriegswilligen vor kriegsverlängernden Ueberschwänglichkeiten verschont, und bei schlechtem Wetter trotzdem auch kein bänglicher Stimmungssturz ein. Miesmacher und Flaumacher sind es, die heute dem Volke die Welt verkörpern und morgen um des Himmels Willen stehen, doch nur ja den Mut nicht zu verlieren, jenachdem gerade die Schlachtenberichte lauten.

Daß die Situation zeitweilig kritisch für uns war und werden kann bei dem Umfang der gegen uns aufgetretenen Mächte kein Wunder nehmen. Wir hatten so manche verzweifelte Schicht, und sahen die Sonne doch schimmern, heißt es in dem schönen Bergmannsliede; das trifft auch zu auf die Geschicknisse in diesem mörderischen Weltkriege. Wir dürfen nichts Unmögliches von unseren tapferen Kämpfern im Waffenrock verlangen. Ihre ungeheuren Leistungen und Leiden werden entwürdigt, wenn wir nicht anerkennen, daß sie in der Weltgeschichte beispiellos vollbracht haben, indem sie die Kriegsfurie von unseren heimlichen Fluren fernhielten. Wer das nicht als einen großen Sieg anerkennt, der treibt Miesmacherei und Flaumacherei.

Von hoher militärischer Seite ist neulich erklärt worden, die gute Stimmung an der Front dürfe, durch keine Miesmacherei in der Heimat gedrückt werden. Ganz gewiß besteht hier ein inniger Zusammenhang. Unsere Soldaten stehen in fortwährender Verbindung mit ihren Familien, Freunden und Kameraden in der Heimat. Herrscht hier eine gedrückte, unwillige, gereizte Stimmung, dann kann das nicht ohne Einfluß auf das Volk unter Waffen bleiben. Es kommt also sehr viel für den Ausgang der Schlachten darauf an, was für Gefühle unseren Kämpfern aus ihrer Heimat vermittelt werden. Wird das aber stets und allseitig bedacht?

„Geborene und gekaufte Miesmacher“ sollen, nach einer böflich-alld deutsch-baterlandsparteilichen Kundgebung, den „Geist der Niedergeschlagenheit und Verzweiflung“ erzeugen. In einem Kundschreiben des „Bundes der Kaisertruen“ wird die weitläufige politische Partei Deutschlands beschuldigt, aus Amerika Millionen Dollar für landesverräterische Zwecke erhalten zu haben. Gegen die Reichstagsmehrheit, namentlich gegen „Er-

berger, Scheidemann und Genossen“ wird seit Jahr und Tag offen und heimlich gewühlt mit der Behauptung, sie arbeiteten im Einverständnis mit dem feindlichen Auslande. Wer in dieser Weise gegen Volksgenossen, deren Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens durch die Ereignisse immer mehr bekräftigt ist, kämpft, der beunruhigt das Volk, der ist Miesmacher und Flaumacher.

Miesmacher und Flaumacher ist, wer den Volksmassen die längst geforderten und dann vor gut Jahresfrist feierlichst versprochenen innerpolitischen Rechte und Freiheiten nicht gewähren will, mit verbissener Hartnäckigkeit das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bekämpft, so in dem Volke die Hoffnung, nach dem Kriege werde ein neues, freiheitlicheres Preußen-Deutschland entstehen, systematisch vernichtet. Wer allen möglichen Nationen und „Raubvögeln“ die „Freiheit, die ich meine“ bringen, dem eigenen Volke aber das gleichberechtigte Mitbestimmungsrecht in Reich, Staat und Gemeinde nicht gewähren will, der treibt Miesmacherei und Flaumacherei.

Miesmacherei und Flaumacherei im verheerenden Maße wird getrieben durch die wüsten Preistreiber der Wucherer, denen es gleichgültig ist, ob die darbenenden Volksmassen von den Kriegsnöten erdrückt werden, wenn nur der eigene Geldbeutel anschwellt. Die der Meinung sind, wer jetzt keinen hohen Kriegsgewinn mache, der verdient nicht, daß er den Krieg erlebt, die brüden die Volkstimmung schließlich auf einen Grad herab, wo die Verzweiflung der Ausgewucherten alle Dämme niederreißt. Sinnt auf die gleichen Mißstände in anderen Ländern machen nun gar keinen Eindruck mehr, den Erbitterten ist dann einfach alles gleichgültig geworden.

Miesmacher und Flaumacher sind auch diejenigen, die mit hartnäckiger Feindschaft gegen die Ausbildung des Arbeiter- und des Angestelltenrechts ankämpfen; gegen die Einführung von vertrauensvollen Arbeitskammern wählen oder ihre Errichtung auf die längste Bank schieben, die durchaus berechtigten und erfüllbaren Forderungen der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände offen und noch mehr heimlich als „staatsgefährlich“ denunzieren, Millionenfonds ansammeln für die Korruption der öffentlichen Meinung durch eine willfährige Presse.

Miesmacherei und Flaumacherei wird betrieben durch die Mißachtung der Arbeiter- und Angestelltenverbände als verhandlungsfähige Faktoren, durch Behandlung der Arbeiter und Angestellten als „fünftes Rad am Wagen“, durch Empfehlung und Anwendung von erbitternden Zwangsmaßnahmen gegenüber Arbeitern und Angestellten, die nichts weiter wollen als die Möglichkeit, ihre Leistungsfähigkeit, ihre Familie wirtschaftlich aufrecht zu erhalten. Wer statt vertrauensvollen Entgegenkommens, verständigenes Verhandeln mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und mit den Betriebsausschüssen die Ausschaltung oder gar gewalttätige Unterdrückung dieser Faktoren zu Gunsten eines maßlosen Herrscherrechts für geboten hält, der zerstört das volksgenossenschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl, der unterwühlt die innere Front, der ist Miesmacher und Flaumacher.

Von allen diesen Fehlgriffen, Unflughen, Gewalttätigkeiten im Heimatlande erfahren unsere Brüder im Waffenrock! Sie werden durch die Ueberzeugung, ein Vaterland zu verteidigen, in welchem Freiheit, brüderliche Gesinnung auch gegen den Arbeitmann, die Gleichberechtigung aller Volksgenossen herrschen soll, zum unerschütterlichen Aushalten im stärksten Schlachtensturm befähigt werden. Wenn aber diese Ueberzeugung verloren geht, was dann? In Erkenntnis der zeitgemäßen Erfordernisse schreibt selbst die bekanntlich keineswegs radikale „Kölnische Zeitung“ (27. August): „Wir können uns nicht den Luxus leisten, die Allgemeininteressen noch länger dadurch zu beinträchtigen, daß wir nichtsnutzigen Vorurteilen und zopfigen Bräuden ein Herrschertum zugestehen, das in Wirklichkeit niemand mehr anerkennt.“ Daß es „niemand mehr anerkennt“, ist leider nicht richtig. Wir könnten dafür mit drastischen Beweisen dienen. Und im Volke greift eben die Mißstimmung immer weiter um sich, weil es fühlt und weiß, daß es immer noch als „unrein“ behandelt wird. Anderslautende Presseäußerungen und Redewendungen nimmt es nur noch mit ironischen Wangen entgegen.

Offen und ehrlich haben wir hier ausgesprochen, welchen Ursachen der „Geist der Niedergeschlagenheit und Verzweiflung“ entspringt. Offen und ehrlich, wie es der Ernst der Zeit, die Sorge um unser Gemeinwesen fordert. Nichts ist verloren, sondern der starke Geist, der uns alle Stürme überwinden läßt, wird wieder lebendig werden, wenn der schwarzmacherei Kampf gegen die Volksgenossen eingestellt, der Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht bei der Regelung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ohne Hintertätigkeiten eingeräumt wird.

### Reingewinne der Kohlenzechen.

Jede Kohlen-, Koks- und Brikettpreiserhöhung ist gefordert worden mit der Begründung, die Selbstkosten stiegen so stark, daß die Zechen, oder doch ein Teil derselben, „mit Verlust arbeiten“. Den Vertretern der Arbeiterorganisationen ist bei der Bewirtschaftung von Lohnzulagen auch behördlicherseits vorgehalten worden, der Betriebsüberschuß der Zechen gehe „schon jetzt“ zurück, ja es wurde uns versichert, gewisse Zechen arbeiteten schon mit starken Verlusten pro Tonne Förderung, und man könne daher um eine Kohlenpreiserhöhung nicht herumkommen. Auf die Frage, welche Zechen dann mit Verlust arbeiteten, wurden uns allerdings keine Namen genannt. Es wurde uns zugemutet, ohne Beweislegung oder Nachprüfung einfach an die behauptete Zuhilfenahme zu glauben. Das war und ist nun schon deshalb unmöglich, weil die öffentlichen Abrechnung der Zechen, so dürftig sie auch geworden ist, fast ausnahmslos namhafte, meist sogar steigende Betriebsüberschüsse ergaben.

Die Ereignisse des Jahres 1917 sollen besonders ungünstig auf die finanziellen Ergebnisse der rheinisch-westfälischen Kohlenzechen eingewirkt haben. Wir waren in der Nr. 30 d. Ztg. in der Lage, an Hand der Abrechnungen von 18 kleinen, mittleren und

großen Zehengemeinschaften (in-Kuxe eingeteilte) festzustellen, daß deren Betriebsüberschüsse betrugen:

1914:	23 293 676	Mark
1915:	26 517 065	„
1916:	36 368 042	„
1917:	44 243 396	„

Von den 18 Zehengemeinschaften hatten 1917 nur 3 einen geringeren Uebersehüß wie 1916, im Durchschnitt war der Gewinn bedeutend gestiegen.

Die „Kölnische Zeitung“ vom 29. August bringt eine Tabelle der Betriebsüberschüsse sämtlicher 13 Zechen-Aktiengesellschaften im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in den Jahren 1917 und 1918. In der gleichen Weise hat die Zeitung in den Vorjahren die betreffende Gewinnabelle veröffentlicht. Früher berechnete die „Kölnische Zeitung“ die Reingewinne auch auf pro Tonne Kohlenförderung, nachdem die Förderziffern nicht mehr zur Veröffentlichung kommen, werden die Gewinne nur auf pro Tonne Syndikats-Beteiligungsgröße angegeben. Da die tatsächliche Förderung bei weitem den meisten Syndikatszechen in den Kriegsjahren geringer ist, als die Beteiligungsgröße, so läßt die Gewinnverteilung auf die Beteiligungsgröße den Reingewinn pro Tonne niedriger erscheinen, wie er wirklich ist. Jedoch, teilen

wir trotzdem mit, wie sich nach der Aufstellung in der „Kölnischen Zeitung“ die Tonnenüberschüsse in den nachgenannten Zahlen stellen. Der Reingewinn pro Tonne Beteiligungsgröße betrug:

	1917	1918	1914	1913
Garpen	1,48	1,51	1,09	1,26
Siberia	1,07	1,89	1,05	1,87
Essener Steinkohlen B.-G.	2,19	2,13	1,21	1,91
Trenberg	1,57	1,30	0,92	1,53
Konigsbatton	2,65	2,54	1,54	2,52
Mülheimer B.-G.	1,17	1,19	0,84	1,22
Dahlbusch	1,97	1,73	0,73	1,60
Königsborn	2,85	2,77	1,87	3,09
König Wilhelm	3,77	2,56	1,25	2,81
Röln-Neußener B.-G.	4,12	3,97	2,32	2,65
Magdeburger B.-G.	1,79	1,86	1,20	2,07
Borlumer B.-G.	0,86	0,85	0,56	2,14
Kplerbed	1,06	0,81	0,06	0,90

Durchschnitt 1,95 1,89 1,35 1,68

Die Tonnenüberschüsse in den Jahren 1917 und 1918 sind demnach durchschnittlich sogar noch höher gewesen, als in dem Friedensjahr 1913, das den Aktionären und Kuxenbesitzern eine selten hohe Einnahme brachte. Nicht eine einzige von den Zechen-A.-G. hat 1916 und 1917 mit Verlust abgeschlossen, vielmehr ist von den meisten ein höherer Gewinn erzielt worden. Die Zechenbesitzer hätten nicht immer wieder Kohlenpreiserhöhungen durchzuführen brauchen, dann würden die Kohlen nicht so wie geschehen verteuert. Dieser starke Anlaß zu weiteren Preiserhöhungen auf dem Warenmarkt war dann nicht vorhanden, und die Verteuerung der Lebenshaltung war geringer, die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen wurde nicht so dringend. Ein Teil treibt den anderen, man hätte sich mit einem mäßigen Gewinn begnügen sollen, der letzten Endes eine verhältnismäßige Verbesserung unseres Geldwertes bedeutete. Aber man will die Kriegskonjunktur ausnützen, der finanzielle Augenblickserfolg ist maßgebend.

Die vorgenannten 13 Aktiengesellschaften haben zusammen verrechnet in Millionen Mark:

	1917	1916	1914	1913
Aktienkapital am Jahresende	282,8	282,8	275,8	275,8
Anleihen und Hypotheken	122,6	120,2	125,4	121,1
Abreibungen	35,5	31,6	25,3	27,5
Reingewinn	59,9	57,4	35,4	51,1

Außer den offen verrechneten Abreibungen sind oft noch „stille Rücklagen“ in großer Höhe gemacht, auch sind besondere „Kriegserlebensfonds“ angelegt und überdies große Summen für Betriebsvermehrungen, Land- und Häuserankäufe verausgabt worden. Die Zechenbesitzer konnten sich also finanziell rüsten für eine „Uebergangswirtschaft“, ohne deshalb Sorgen um den verteuerten Lebensunterhalt zu haben. Die Arbeitermassen geben ihren Lohn aus für die Lebensnotdurft, ohne deshalb ausreichend ernährt und anständig gekleidet zu sein. Die Verarmung der Arbeitermassen nimmt wie die des Mittelstandes in bedrohlicher Weise zu. Abreibungen für die „Uebergangswirtschaft“ können sie nicht machen, das Einkommen langt bei der ungeheuren Mehrtheit des Volkes nicht einmal zum Lebensunterhalt, seitdem die Preiswucherer grassiert. Die Zechenbesitzer, durchweg sehr vermögend, überwiegend sogar sehr reiche Leute, leiden keine materielle Not, wenn sie auch jahrelang keine Dividende oder Ausbeute erhielten. Die Arbeitermassen aber leben, wie man zu sagen pflegt, „von der Hand in den Mund“. Das sollte überall bedacht werden, wenn die Lohn- und Preisfragen erörtert werden.

### Ueber den „Rückgang der Arbeiterleistung“

im Bergbau wird in der Zechenpresse andauernd geschrieben. Daß auch dahinter ein Fragezeichen gemacht werden muß, hat die Verhandlung des Essener Schlichtungsausschusses über die Lohnforderung der Belegschaft Langenbrunn gelehrt. Dort erklärte die Zechenverwaltung auf Befragen, die Förderung pro Kopf der Belegschaft (einschließlich Gefangene) habe betragen pro Schicht:

	Januar 1917: 1,07 Tz.	Januar 1918: 1,09 Tz.	
Februar	1,01	Februar	1,02
März	1,04	März	1,09
ohne Gefangene im Juni 1918:	1,29 Tz.	April	1,12
		Mai	1,10
		Juni	1,18

Zum Vergleich sei mitgeteilt, daß auf derselben Zeche, laut „Jahrbuch für den D.-B.-B. Dortmund“, die Förderung pro Mann und Schicht betrug:

1912:	0,982 Tonnen	1909:	0,955 Tonnen
1911:	0,999	1908:	0,910
1910:	1,010	1907:	0,904

Die Förderung oder „Leistung pro Kopf“ ist demnach in genannten Monaten der Kriegsjahre 1917/18 sogar erheblich höher gewesen, wie in der Friedenszeit! Dieses überraschende Resultat stellt der Lichtigkeit und dem Fleiß der Belegschaft — man denke nur an die viel schlechtere Ernährung! — doch gewiß ein glänzendes Zeugnis aus. Die Behauptung, die Arbeiterleistung „geht zurück“, ist also mindestens nicht durchweg richtig. Wir glauben, wenn von allen Zechen die Förder- und Belegschaftsziffern bekannt gemacht werden, wird sich herausstellen, daß Langenbrunn mit seiner erhöhten Förderziffer pro Kopf der Belegschaft nicht allein steht.

### Der Mindestlohn im oberbayerischen Bergbau.

Im August 1917 gelang es bekanntlich nach vielem Bemühen im oberbayerischen Bergbau, sowohl für die Staats- wie auch für die Privatgruben, Mindestlohnvereinbarungen zu treffen. Im Februar d. J. wurden die Sätze durchschnittlich um 1 Mark erhöht und dabei bestimmt, daß, falls sich bis Juli 1918 wesentliche Veränderungen in der Lebenshaltung der Belegschaft ergeben, in erneute Verhandlungen über die Lohnfragen eingetreten werden sollte. Die Veränderung in der Lebenshaltung ließ sich ohne Schwierigkeiten nachweisen und wurde auch anerkannt. Die neuerlichen Forderungen der Arbeiterschaft lauteten: Todann:

- 1. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 17 Jahre eine Lohnerhöhung von 1,80 Mark pro Schicht.
- 2. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter 17 Jahren eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Schicht.
- 3. Für alle Heberarbeiten an Werftagen sollen 25 Prozent, für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sollen 50 Prozent Zulage bezahlt werden.
- 4. Die Bedinge werden entsprechend der Lohnzulage reguliert.
- 5. Handwerker sind im Lohn den Bauern gleichzustellen.
- 6. Das Besondere ist den Grubenarbeitern unentgeltlich zu liefern.
- 7. Die Feuerungszulage ist an frankfeiernde und verheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen zu bezahlen.

Auf diese Forderungen antworteten die Grubenverwaltungen mit eingehenden Vorwürfen bezüglich ihrer Angehörigen, deren wesentlichster Teil darin bestand, daß auf die Mindestlohnlage eine Erhöhung von weiteren 75 Pf., auf die Durchschnittslohnlage eine weitere Erhöhung von rund 1 Mark gewährt werden sollte. Die Einschlebung des Begriffes Durchschnittslohn geschah zu dem Zweck, die Mindestlohnne in ihrer Wirkung und Bedeutung abzuschwächen. Das kam auch bei den Verhandlungen, die vor dem Kriegsamt zu München ausgetragen wurden, zum Ausdruck. Unter Führung der staatlichen Bergwerksverwaltung unternahm die Unternehmer einen Vorstoß gegen den Mindestlohn, indem sie behaupteten, unter der Herrschaft des Mindestlohnes sei die Förderung zurückgegangen. Die staatliche Bergwerksverwaltung wollte erreichen, daß 8 Prozent der Belegschaft nicht auf ihren Mindestlohn gekommen seien. Die Oberbayerische A.-G. für Kohlenbergbau behauptete ebenfalls, einen Produktionsausfall durch die Einführung des Mindestlohnes feststellen zu können, vermindert, aber irgend welche exakte Angaben. Von den Vertretern der Arbeiterenschaft wurde bestritten, daß der Produktionsrückgang, der zugegeben werden muß, auf den Mindestlohn zurückzuführen sei, vielmehr seien hier ganz andere Faktoren maßgebend, die außerhalb des Willens der Arbeiterenschaft gelegen seien. Auch die Vertreter des Kriegsammtes erklärten, daß ein schlüssiger Beweis, daß durch die Einführung des Mindestlohnes ein Produktionsrückgang eingetreten sei, nicht erbracht worden sei. Von dieser Seite wurde aber auch nicht verhehlt, daß, falls der Mindestlohn die Produktion fördere, dagegen eingeschritten werden müßte. Dem Kriegsamt liege alles daran, die Förderung auf ausreichender Höhe zu erhalten.

Nach recht schwierigen und einen ganzen Tag in Anspruch nehmenden Verhandlungen kam schließlich doch eine befriedigende Vereinbarung zustande. Die Schichtloohnerhöhung beträgt für Sauer und Schleppler zwischen 1 Mark und 1,20 Mark. Neu ist in der Vereinbarung die Einbeziehung der übrigen Arbeiterchaft für die zwar keine Mindestlohnfrage, aber die zu gewährende Lohnerhöhung vereinbart wurde. Neu ist auch, daß frankfeiernde und verheiratete Arbeiter die halbe Feuerungszulage erhalten sollen. Die Vereinbarung für die Privatgruben lautet nunmehr:

Am 17. August 1918 wurde vor dem Königl. Kriegsministerium, Kriegsamt, zwischen der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau, vertreten durch Bergdirektor Müller und Bergdirektor Janota und den unterzeichneten Vertretern der Arbeiterchaft der Gruben Sauer und Penzberg folgende Lohnvereinbarung auf Kriegsdauer abgeschlossen:

1. Das Bedinge ist vor Ort zwischen dem beauftragten Vertreter des Werksführers einerseits und dem Ortsschlichter andererseits abzuschließen. Als Grundlage für die Bedingestellung hat ein Schichtverdienst des Bauers von 8,70 Mark, des Zimmerbauers von 8,20 Mark und des Schlepplers, bei Vor- und Ausrichtung, von 7,50 Mark, Abbauschlepper unter 17 Jahren 6,50 Mark, über 17 Jahre 7 Mark, nach dem Lohnschnitt bei normaler Arbeitsleistung, zu gelten. In diesen Verdienften sind nicht eingerechnet die Kriegssteuerzuschüsse pro Schicht. Kommt eine Partie infolge von Schwierigkeiten, welche außerhalb der Mitglieber der Partie gelegen sind, nicht auf diesen Lohn von 8,70 Mark, 8,20 Mark, 7,50 Mark, 6,50 Mark und 7 Mark, so verpflichtet sich der Arbeitgeber, den verdienten Lohn bis zu dieser Höhe nachträglich zu ergänzen. Voraussetzung hierfür ist, daß diese Schwierigkeiten innerhalb 3 Tagen nach Auftreten dem Parteiamt, bzw. dem unmittelbar Beteiligten, bei dem vorgelegten Beamten (Steiger) gemeldet werden.

Ergeben sich Wehrungsverschiebenheiten, so entscheidet die Betriebsverwaltung nach Anhören des Parteiamtes bzw. des unmittelbar Beteiligten. In zweifelhaften Fällen wird wohlwollende Beurteilung zugeführt.

**„Verlust gering!“**

Verlust gering! Nur einer ist gefallen!  
Nur einer aus den tausend Kriegern allen!  
Seht war der Kampf! Indies, wir hatten Glück:  
Wir lachten ja den einen nur zured!

„Verlust gering!“ wird in die Welt geschrieben.  
Es ist ja einer — einer nur — gefallen!  
Ob einer weniger, ob einer mehr,  
Was ist ein Salzwasser im großen Seinenmeer?

„Verlust gering!“ O Wort voll bitter Schmerzen,  
Die Schwereschmide bringt du mir zu Herzen!  
Hilf einer nur, der eine fiel zuviel!  
„Verlust gering!“ Ein graum Wortspiel!

Verlassen weint in ihrer düstern Kammer  
Ein Wäitlein, bebend vor Not und Jammer;  
Sie weint und spricht, mir geht ans Herz der Ton:  
Ach dieser eine war mein einziger Sohn!

Kofegger.

**Bedeutung der Volksgesundheit und des Arbeiterlohnes.**

Auf dem letzten Verhandlstag der Deutschen Berufsgenossenschaften vor dem Kriege, im Mai 1914 in Leipzig, hat der Präsident des Reichsberufsgenossenschafts, Dr. Kaufmann, auf die Bedeutung der schadenverhütenden Aufgabe der Arbeiterversicherung hingewiesen. Er sagte: „Ich habe mich immer mehr überzeugt, daß die letzten Ziele der Arbeiterversicherung nicht in der Unterbrechung der Schadenwirkung gesucht werden dürfen, sondern der Staat gegen die Arbeitsunfähigkeit viel wichtiger ist als die Sorge für die arbeitsunfähig gewordenen Versicherten. Eine weitläufige Erziehung ist daher auch nicht so sehr auf mehr Lebensjahre als auf mehr Arbeitsjahre gerichtet. Die härtere Bedingung dieser Gesichtspunkte hat auch bei den Erörterungen über die viel umstrittene Frage einer reichsgesetzten Arbeitslosenversicherung ein lebhaftes Echo gefunden usw.“ Damit wurde also gesagt, daß die Sozialversicherung nicht nur die Aufgabe hat, die gesundheits- und lebensschützenden Wirkungen der kapitalistischen Produktion mit allem Nachteil und Nachteile für die Arbeiterklasse abzumildern, sondern sie muß den Ursachen nachgehen und hier vordringend eingreifen. Das vor den Vertretern der berufsgenossenschaftlichen Unternehmerorganisationen zum Ausdruck gebracht zu haben, war eine Tat. Damit ist aber auch die Forderung gestellt, daß sich der Staat für die kommende Zeit bei seinen wirtschaftlichen Aufgaben mehr von einem sozialen Geist zur Wahrung der Volksgesundheit leiten lassen muß, denn die Volksgesundheit bedeutet produktive und wirtschaftliche Kraft, also die Kraft der Nation. Wenn man dem entgegen sich auch im Jahre 1914 erlauben konnte die Meinung zu vertreten, daß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit als letztes Ziel der Arbeiterversicherung in Betracht kommt, so hat der Krieg mit seinen ungeheuren Verlusten an Menschen und menschlichen Arbeitskräften auch den Regierungen mit zwingender Logik gezeigt, daß sich ihnen hier nicht ein letztes, sondern ein erstes Ziel gesetzlicher Maßnahmen aufdrängt hat.  
Die Volksgesundheit und der Arbeiterlohn stehen im engen Zusammenhang mit der Produktion und der Volkswirtschaft. Gerade

2. Lehrhauer erhalten 90 Prozent des Bauer verdienten. Nach Um-  
lauf von 3 Monaten wird der Lehrhauer bei Eignung zum Vollauber be-  
fürdert.

3. Sämtliche Handwerker, das sind Schlosser, Schmiebe, Spengler,  
Elektriker, Zimmerleute, Hundesklider, Wagner, Schreiner, Maurer, werden  
bei einem Alter über 18 Jahren um 1,20 Mark, unter 18 Jahren in Ab-  
stufungen von 0,80 Mark bis 1 Mark, unter 16 Jahren um 60 Pf. auf-  
gebessert.

4. Die Kohlenwäcker, Verfaber, Schacht- und Seilförderer, Draht-  
seilbahnförderer und Motorfahrer sollen wie die Sauer um 1,20 Mark  
aufgebessert werden.

5. Fuhrleute und Geizer sollen um 1 Mark aufgebessert werden.

6. Alle übrigen Hilfsarbeiter ober- und untertags im Alter von über  
17 Jahren erhalten eine abgeschulte Lohnaufbesserung zwischen 0,80 Mark  
und 1 Mark, je nach Verwendungsort, insbesondere Schwere der Arbeit.  
Den Hilfsarbeitern unter 17 Jahren werden 60 Pf. gewährt.

7. Arbeiterinnen über 17 Jahre erhalten Lohnaufbesserung 80 Pf.,  
Arbeiterinnen unter 17 Jahren erhalten Lohnaufbesserung 60 Pf.

8. Kranke, verheiratete Arbeiter der 3. Arbeiterklasse (sogenannte  
Sauerklasse) erhalten die halbe Feuerungszulage für jeden Krankheitstag  
bezahlt.

9. Das Geselechte wird den Arbeitern unentgeltlich gestellst.  
10. Ziffer 2 und 3 der Vereinbarung vom 13. August 1917 bleiben  
unverändert bestehen.

11. Vorstehende Vereinbarung tritt am 1. September 1918 in Kraft.  
Für den Monat August wird jedem Arbeiter 1/4 der vorbestimmten Lohn-  
erhöhung nach Maßgabe der verschiedenen Sichten nachbezahlt.

12. Sollten sich bis Januar 1919 wesentliche Veränderungen in der  
Lebenshaltung der Belegschaft ergeben, so wird im Januar 1919 in  
erneute Verhandlungen über die Lohnfrage eingetreten werden.

Für die staatliche Grube Reichenberg wurde eine besondere  
Vereinbarung abgeschlossen, die in allen wesentlichen Punkten  
der vordruckten gleich und nur ein in Reichenberg noch be-  
stehendes, nach Zehnteln abgeschultes Lohnsystem berücksichtigt.  
Um die Beseitigung dieses Systems wurde bei diesen letzten Ver-  
handlungen auch vergeblich gekämpft.

Die Belegschaften haben am 25. August zu dem Ergebnis  
Stellung genommen und den Vereinbarungen zugestimmt.

Die Bemühungen, den Mindestlohn wieder zu beseitigen,  
sind glücklicherweise gescheitert. Wer den Widerstand der Unter-  
nehmer hiergegen kennt, wird die Bedeutung des Erfolges zu  
würdigen wissen, der in der erfolgreichen Abwehr dieses Vor-  
stoßes liegt. Andererseits aber wird auch die Arbeiterchaft die  
Bedeutung des Widerstandes der Unternehmer und des erzielten  
Erfolges dahin verstehen, daß sie alle Hindernisse aus dem  
Wege räumt, die gegen die Reichsbeschaffung oder die Ausbreitung  
des Mindestlohnes geltend gemacht werden könnten. Daß der  
Erfolg aber auch nur ein erster und eine Anerkennung der Dr-  
ganisation ist, das sollte wohl jedem nunmehr einleuchten.

**Aus den Unternehmerverbänden.**  
**Wirtschaftsfriedliche Angestelltenbewegung.**

Die Unternehmer sind naturgemäß befreit, sich nicht nur die Ar-  
beiter, sondern auch die Angestellten wirtschaftsfriedlich dienstbar zu  
machen. Welche Wege dabei bemut werden, ergibt sich aus Nr. 2 des  
„Handelsblatt“, dem Organ des kaufmännischen Vereins von 1888,  
wonnach Unternehmer dem Herausgeber des wirtschaftsfriedlichen An-  
gestelltenvereins, „Die Hanse“, Herrn Moritz Müller, (Hamburg), erheb-  
liche Summen zur Verfügung stellten, um die wirtschaftsfriedliche An-  
gestelltenbewegung zu fördern. Herr Moritz Müller hat neben einem  
Verbreiten eine Liste verfaßt, die wie folgt beginnt:

„Strenge vertraulich, nur für den persönlichen Gebrauch. Die in den  
Monaten Dezember-Januar erscheinenden Zeichnungen sind durch folgende Zu-  
wendungen ergänzt, wovon wir Ihnen nachstehend Kenntnis geben:

Eine Berliner Großbank, die nicht genannt sein will	2000 Mark
Mugenbacher-Konzern, Hamburg, div. Abteilungen, Kellere und Bilanzangelegenheiten der angeschlossenen Gesellschaften	2000
Dunder-Konzern	1600
Bergmann-Werke, Berlin, 150 Abonnem. u. lauf. Anzeigen	2000
Siemens-Schubert, Berlin, 150 Abonnem. u. lauf. Anzeigen	2000
Siemens u. Halske, Berlin, 150 Abonnem. u. lauf. Anzeigen	2000
Treiberei der Diet.-Ges., 150 Abonnem. und lauf. Anzeigen	1500
Wulfen-Werke, 120 Abonnem. und laufende Anzeigen	1500
Dresdener Bank, Berlin, 500 Mark, 40 Abonnem. und ge- wöhnliche Anzeigen	700
Voban u. Voh, Hamburg, 75 Abonnem.	1000
Essener Kreditbank, 75 Abonnem.	1000
Bank für Handel und Industrie, 75 Abonnem.	1000
Verst. Eisenbahnbeamt.-A.-G., 30 Abonnem. u. lfd. Zug.	1000

Arbeiter und zu früh gestorbenen Personen bedeuten einen Verlust an der  
Vollarbeitskraft und an Volkvermögen. Als zu früh Gestorbene  
wären alle Personen zu rechnen, die nicht ein gesundes Alter von min-  
destens 65 Jahren erreicht haben; denn bis zu diesem Alter kann ein  
gesunder Mensch, wie auch die wissenschaftlichen Kreise, die Kriegsin-  
dustrie und die Landwirtschaft Beispiele zeigen, noch arbeits-  
leistungsfähig sein. Die staatliche Menschenökonomie muß deshalb darauf  
hinwirken, vom Säugling bis zum reiferen Alter durch Befämpfung der  
Vollstärkungen und durch den gewerlichen Arbeiterchutz ihr Men-  
schenmaterial zu erhalten, wovon auch die Wehr- und Steuerfähigkeit  
einer staatlichen Gemeinschaft abhängig ist. Hierzu wären als grund-  
legende Maßnahmen die Sicherstellung einer ausreichenden Volkser-  
nährung, die Säuglings-, Mutter-, Schul- und Wohnungsfürsorge zu  
fordern, dem sich im weiteren der gesundheitliche und unfallver-  
hütungstechnische Arbeiterchutz anzuschließen hat. In diesem Zusam-  
menhange werden dann die Organisationen zum ärztlichen Geisverfahren,  
der Kranken- und Familienunterstützung wie die Krankenkassen, Berufs-  
genossenschaften, Landesberufungsausschüsse usw. mit einem größeren  
Erfolge mitwirken können. Außerdem ist im Volke fest zu verankern  
den Wert des Lebens und der Gesundheit schon früh durch die Erziehung und  
Mitwirkung der Volksschule ein größeres Verständnis zu schaffen.

Auf dem Gebiete des Arbeiterchutzes ist vor allem ein Verbot der  
gesundheitlichen Kinderarbeit bis zum vollendeten 15. Lebensjahre, und ein  
Verbot der Beschäftigung Jugendlicher von 15 bis 19 Jahren in ge-  
sundheitschädlichen Betrieben und allgemein zur Nachtzeit, an Sonn-  
und Feiertagen zu fordern. Die Arbeitsdauer der Jugendlichen und  
der weiblichen Arbeiterinnen darf 8 Stunden nicht überschreiten; die  
letzteren sind in ungesunden Betrieben, bei Bauten, in Bergwerken unter  
Lage nicht zu beschäftigen. Außerdem ist die Beschäftigung von Weib-  
nerinnen während der Dauer von 10 Wochen vor und nach der Nieder-  
kunft zu verbieten. Für erwerbsfähige männliche Arbeiter und Angestellte  
ist der gesetzliche Achtstundentag anzustreben und einzuführen; Nach-  
arbeit ist nach Möglichkeit einzuführen. Die letzteren Forderungen  
stehen im Zusammenhang mit den Gesundheitsgefahren, die sich aus den  
Anstrengungen und der Ermüdung der Arbeit ergeben. Im weiteren ist  
zu verlangen, daß die Betriebsunternehmer ihren Beschäftigten alljährlich  
ohne Lohnverluste Erholungsferien von mindestens 10 Tagen zu ge-  
währen haben.

Die gewerlichen Arbeiterchutzesbestimmungen sind, von Jahr zu  
Jahr auf ihren Inhalt zur Wirkung und zu der technischen Entwicklung  
zu prüfen und danach zu revidieren, wobei die Gefahrenindustrie eine  
besondere Beachtung verdient. Die Überwachung der gewerlichen Be-  
triebe durch staatliche und berufsgenossenschaftliche Aufsichtsbeamte muß  
planmäßiger und außerdem intensiver durch eine Mitwirkung von Ar-  
beiter-Hilfsaufsichtsbeamten ausgestattet und erweitert werden, denn nur  
dadurch ist eine Durchsicherung der Schutzvorschriften sicherzustellen. Zu  
diesem Ziele kommt als wichtiger Faktor der Lebenshaltung und der  
Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Frage, der erstmals sorgenreicher zu  
gestalten ist: denn Not kumpft ab, wodurch dann in weiterer Folge die  
Lebensfähigkeit und die Erziehung der Arbeiter zu einem größeren  
Schutzbedürfnis mehr angeregt wird. Deshalb muß sich das Reich oder  
müssen sich die Bundesstaaten bei der Arbeiterlosenunterstützung finanziell  
beteiligen. Im übrigen aber werden durch die Einschränkung der Ver-  
fahren und der Schutzunterstützungen, welche ursprünglich mit den Volkser-  
krankungen im Zusammenhang stehen, noch andere Geldmittel frei, denn  
wenn die bekannten Ursachen nicht mehr in Betracht kommen, so müssen  
auch die Wirkungen fortfallen.

Wig. Elektr.-Ges., Berlin, 100 Abonnem. u. lauf. Anzeigen 1000 Mark  
Carl Hübner u. C., Berlin, 100 Abonnem. u. lfd. Anzg. 1000  
Friedr. Krupp A.-G., Essen, div. Abonnem. u. lfd. Anzeigen 1000  
Ganss, A.G. Berl. A.-G., div. Abonnem. u. lfd. Anzeigen 600

Nunmehr folgen eine Reihe von Firmen mit Beiträgen von 300 bis  
500 Mark. Dabei hießt sich Herr Moritz Müller wünschenswert, Angestellte  
von seinen Geldgebern etwas lernen zu lassen. Nur einige unbedingt  
„zuverlässige“ Angestellte dürfen eingeweiht werden. Die Umschläge  
seiner Zustellungen an die Unternehmer tragen daher Aufschüssen wie:  
„Bescheinigt, darf nicht vom Personal gesteuert werden“ usw. Im Mai 1918  
wurden Unternehmer mit einem Ordnungsplan massenhaft bedacht,  
wornin es heißt:

Die radikalsten Bestrebungen der großen gewerkschaftlichen  
Kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände, die in den be-  
kanntesten Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen sind, sowie deren  
außerordentlicher Einfluß auf die Regierung und die einzelnen An-  
gestellten haben schnelle Abwehrmaßnahmen der Prinzipale unbedingt  
notwendig gemacht. — Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine groß-  
zügige Auffassung aller Angestellten durch ein besonderes Organ, die  
unterleitende Zeitschrift „Die Hanse“ beschlossen worden, die den An-  
gestellten entweder von den Firmen selbst übergeben oder von der Ge-  
sellschaft der Zeitschrift nach besonderen Adressenverzeichnissen durch  
die Post zugestellt wird. Sie hat die Aufgabe übernommen, unter  
Mitwirkung hervorragender Mitarbeiter und Vorkämpfer unserer Richtung  
das Ziel eines gemäßigten Interessenausgleichs zwischen den beiden  
Gruppen unter Ausschaltung der Regierung, des Staatssozialismus  
und des Verbotsstörismus zu verfolgen. Des hierauf abzielende  
Belehrung soll gleichzeitig die Vorbereitungsarbeit sein für einen ein-  
schleppenden Zeit zu gründenden Verband der wirtschaftsfriedlichen An-  
gestellten nach dem Muster der nationalen Arbeitervereine, jedoch unter  
Verhinderung der besonderen Verhältnisse.

Die Form nun, in der sich der angestrebte Einfluß vollzieht und  
wie die nötigen Mittel erhalten, besteht in dem Bezug der „Hanse“  
für die Angestellten durch die Werte und Firmen. Ein Beispiel liefert  
die angelegte geheime Zeichnungsliste, die wir zu getrennen Händen  
überreichen. Sie enthält die ergänzten Zeichnungen der letzten  
Zeit — — —

Die Nichtberechnung von jährlichen Empfehlungsaufträgen beim  
Bezug unserer Zeitschrift geschieht, um Anzeigen zu erhalten, die wie  
als äußerliches Zeichen einer bestehenden beruflichen Geschäftsver-  
bindung brauchen, die den gewerlichen Vorwärts anschafft, als ob  
wir von den Prinzipalen Geheime erhielten. Wir bitten uns mitteilen  
zu wollen, von welchem der 15 Angebote Sie für Ihren Betrieb (Be-  
brauch) zu machen gesehen. (Weitere Begründung siehe Sonderkarte.)

Die geheime „Ergänzte Zeichnungsliste“ enthält außer Spenden der  
bereits genannten Betriebe auch noch solche der Vorkämpfer, die jährlich  
4500 Mark, zunächst für drei Jahre, Anorr Bremen A.-G. mit 1000 Mark,  
Maschinenimportgesellschaft, Hamburg, mit 1000 Mark, Jbuna Vert.  
A.-G., Berlin, mit 1000 Mark, Singer Co., Nähmaschinen-A.G., Berlin,  
mit 100 Mark, H. M. F., Berlin, 150 Mark, Victoria, Berlin, mit 500  
Mark, Günther, Wagner, Hannover, mit 400 Mark, und andere mehr,  
wiederum mit insgesamt mehreren 10 000 Mark. Als Schlußsatz wird in  
der Zeichnungsliste aufgeführt:

„Vorstehende jährliche Beiträge wurden uns weiterhin zur erfolg-  
reichen Weiterführung unserer Politik im Dienste der wirtschaftsfried-  
lichen Angestelltenbewegung bewilligt. Dafür stellen wir Abonnements  
oder Daueranzeigen nach der Höhe der uns überwiesenen Beiträge zur  
Verfügung.“

Der Zweck heiligt die Mittel! Um die Angestelltenverbände wider-  
zulegen nach dem Satz: „Teile und herrsche!“ opfern die Unternehmer  
große Summen. Ob sich diese Schmiergelder verzinsen, bleibt abzu-  
warten.

Gegen die fastüberlegte Störung des sozialen Bürgerlebens durch  
die Wirtschaftsfriedlichen wandte sich nun das Regierungsorgan, die  
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 229 vom 1. August 1918,  
wie folgt:

Der Wert unserer deutschen Arbeitnehmerorganisationen für die  
nationale Volksgemeinschaft ist durch das Weltkriegsergebnis zum Ge-  
meinut der Erkenntnis unserer weitesten Volksteile geworden. Doppelt  
bedauerlich ist daher, daß immer wieder geglaubt wird, durch mit finan-  
ziellen Mitteln großzügigliche sogenannte gelebe Organisations-  
Stützungen gegen die Enttäuschung des unabhängigen Organisations-  
gebaltens unserer mittelmäßigen Arbeitnehmer, der Angestellten,  
ausüben zu können. . . . Die von der „Hanse“ und ihren Wirtschafts-  
„friedlichen“ Ökonomie als Bedrohungen des deutschen Wirtschaftslebens  
angegriffenen zeitgemäßen staatlichen Maßnahmen, der Staatssozialis-  
mus, und der Organisationsgebände der Arbeitnehmer zählen gerade zu  
den Kräfte, die unsere nationale Volksgemeinschaft zur höchsten  
Machtausübung und schließlich sozialen wie wirtschaftlichen Organi-  
sation zum Wohle des deutschen Volkes nicht nur in der Kriegszeit,  
sondern noch mehr in der Friedenszeit bedarf.

Diese moralische Erklärung ist dem wirtschaftsfriedlichen „Wert-  
verein“, Nr. 32 vom 10. August 1918, „eine Liebeserklärung“, und es  
läßt sich also vernehmen:

„Wenn . . . die Regierung hinter diesem Artikel stehen sollte,  
dann könnte schließlich auch die Gebuld der Werksvereine gegenüber  
den Verfahren und den Maßnahmen der Regierung einmal ihr Ende  
finden. Lange genug haben die Werksvereine die einmal beliebte

Wie aus den Ausführungen des Präsidenten des Reichsversicherungs-  
amtes zu entnehmen, klären sich nach der Richtung für die Arbeiterver-  
sicherung immer mehr die Meinungen und Gedanken. Denn offenbar  
find die durch Schutzunterstützungen erzeugten Kosten für Krankenheilung  
und -unterstützungen volkswirtschaftlich betrachtet unproduktive Ausgaben,  
während demgegenüber die Beiträge für Volks- und Arbeiterchutzes als pro-  
duktive in Rechnung zu stellen sind. Zu den vordringendsten unpro-  
duktiven Ausgaben sind auch die finanziellen Beiträge verzeichnet, welche  
dazu angetan sein können, die Arbeitslosenunterstützungen wirksamer  
zu entwickeln und andere allgemeine Wohlfahrtsmaßnahmen zu schaffen.  
Denn bei aller Achtung vor dem, was durch die Sozialversicherungen  
nach jeder Richtung geleistet wurde, so hat doch dabei nicht allein das  
humanitäre Gefühl empfinden, sondern die vernunftsmäßige Realität mit  
zu entscheiden.

Nach einer Darlegung des Reichsversicherungsamtes im Jahre 1915  
betrugen in dem Zeitraum 1885—1913 die Auswendungen der Kranken-  
versicherung im Deutschen Reich und insgesamt 5 Milliarden und 623 1/2  
Millionen Mark. Davon wurden unter anderem ausgegeben für Arzt  
usw. 1211 Millionen Mark, für Arznei usw. 852 Millionen Mark, für  
Frankengeld 2394,7 Millionen Mark, für Krankenpflege 757,7 Mill.  
Mark und für Hausgeld 65,5 Millionen Mark. Auch die Gewerkschaften  
sind hier nicht unberücksichtigt beteiligt. In dem Zeitraum von 1904 bis  
1913, also in 10 Jahren, haben die bei der Generalkommission ange-  
schlossenen Verbände rund 73 Millionen und 900 000 Mark für Kranken-  
unterstützung ausgegeben. Von 1891 bis Ende 1913 sind bei der In-  
validenversicherung mit den Sonderankalten 2 239 933 Invalidenrenten  
erkannt, die dafür ohne Selbstverlehen usw. einen Beitrag von 1805  
Millionen Mark erforderten. Seit 1885 bis 1913 hat die Unfallver-  
sicherung 2 Milliarden und 508 Millionen Mark ausgegeben, wovon  
28 1/2 Millionen auf die Unfallversicherung entfallen. In dem Zeitraum  
der 10 Jahre vor dem Kriege, 1904—1913, sind bei der gesamten Un-  
fallversicherung des Deutschen Reiches 6 749 517 Unfälle gemeldet worden.  
Davon waren 1 366 158 Unfälle mit 94 748 Tödlirchten, welche ent-  
schädigt werden mußten. Die Gesamtsumme dieser Entschädigungen be-  
trag rund 1 546 Millionen Mark. Dagegen betrug die Ausgabe für die  
Überwachung der Betriebe zur Unfallverhütung nicht ganz 18 Millionen  
Mark. Dazu kommen noch die nicht unberücksichtigten Kosten für den  
Verwaltungsapparat, die fortgesetzt gestiegen sind, und die Belastungen  
der Rechtsanwaltschaften und Arbeitersekretariate. Die gesamte Ar-  
beiterversicherung hat seit ihrem Bestehen bis 1913 insgesamt nahezu  
11 Milliarden Mark ausgegeben. Im Jahre 1913 betrug der jährliche  
Bedarf über 2 1/2 Milliarden Mark. Milliarden müssen durch den Mangel  
an Menschen- und Arbeiterchutz unwirtschaftlich für unproduktive Zwecke  
ausgegeben werden. Und doch steht unabweisbar fest, daß durch eine  
wirkame Befämpfung der Volkserkrankungen und der gewerlichen Schutz-  
unterstützungen die Zahl der Erkrankungen, der Arbeitsunfällen und  
der Unfälle beträchtlich gesenkt werden kann. Die Zahl der Unfälle muß  
mindestens auf die Hälfte der Verhältniszahlen der letzten Jahre redu-  
ziert werden. In Wirklichkeit sind zu den „unvermeidlichen Betriebs-  
gefahren“ zwei Drittel der Unfälle zuwei. Man vergleiche hierzu zu-  
berücksichtigten Verhältniszahlen einzelner Gewerbe bei den Berufs-  
genossenschaften und deren Sektionen, wie zum Beispiel im Baugewerbe,  
bei der Eisen- und Holzindustrie usw.

Durch die Förderung der Volksgesundheit und des Arbeiterlohnes  
werden dem Lande Arbeitskräfte erhalten, und nicht unbeträchtliche  
finanzielle Mittel zu sozialen Zwecken und der Volkswirtschaft steigernd.  
Das zu erreichen, muß die Aufgabe einer wahren Staatskunst und der  
leitenden Männer der Gesetzgebung sein.

G. Zeintl

Zurückführung ertragen, lange genug haben sie mit angesehen, daß Organisationen, deren nationale Unterlage alles andere als zuverlässig ist, ihnen vorgezogen wurden. Wenn zu dem bisherigen mehr als eigenartigen Verhalten auch noch vollkommen unberechnete geschäftliche Angriffe kommen sollten, dann wären die Wertvereine schließlich gezwungen, auch ihre Vorgehen den gegen sie bestehenden Maßnahmen anzupassen. Vaterlandskrieg sind und bleiben sie freilich bis in die Zukunft. Aber der Begriff „Vaterland“ ist nicht derselbe wie der Begriff „Regierung“. Falls die Wertvereine zu der Ansicht kommen sollten, daß auf die Regierung nicht mehr das bis jetzt von uns angewandte Mittel des ruhigen Verhaltens Eindruck macht, daß unsere von tiefstem Vaterländischem Gefühl getragene Politik des Entgegenkommens nur dazu benutzt wird, um uns beiseite zu drängen, dann wären wir zu unserem Bedauern gezwungen, Maßnahmen anzunehmen, die der Regierung größeres Verständnis für unsere berechtigten Wünsche abzugewinnen geeignet sind.

Und willst du nicht mein Bruder sein, sag' ich dir den Schädel ein! Wenn die Regierung nicht nach der wirtschaftsrechtlichen Weise zuzugehen will, dann werden andere Maßnahmen ergriffen. Dagegen fröhlich über denselben Ton sind natürlich auch die Unternehmernorgane gestimmt. Die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Bergarbeiterverbände richtet an die Regierung die offene Frage, ob sie mit Inhalt und Form des Artikels in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einverstanden sei. Von der Antwort der Regierung werde die deutsche Bergarbeitervereinsleitung ihre Stellungnahme zu den Regierungsmassnahmen abhängig machen. In diesem Sinne hat auch die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ die wirtschaftsrechtlichen Beziehungen erkannt, eine Täuschung ist nicht mehr möglich. Solche Spiegelfechtereien sollten sich die Unternehmernorgane daher lieber sparen. Das Regierungswort trifft den Nagel auf den Kopf. Die mit finanziellen Mitteln der Unternehmer gezüchteten wirtschaftsrechtlichen Gebilde bilden eine gemeinschaftliche Zügelung des unabhängigen Organisationsgedankens. Unternehmer, welche hierzu Mittel hergeben, müssen die Arbeitnehmer entweder für idioten oder für Lumpen halten.

### Internationale Rundschau.

#### Glänzender Ausschussung des ungarischen Bergarbeiterverbandes

Den ungarischen Bergarbeitern ist es bis jetzt in das vierte Kriegsjahr hinein durch die ungarische Schlichtungsbehörde verweigert geblieben, sich in einer legalen (gesetzlich anerkannten) Organisation zu vereinigen. Die Bildung einer gewerkschaftlichen Organisation wurde unseren ungarischen Kameraden einfach dadurch hintertrieben, daß die Regierung die wiederholt eingereichten Verbandsstatuten nicht genehmigte. Deswegen blieb es aber doch nicht „ruhig“ in den Bergwerksteuern, sondern es kam allmählich zu plötzlichen Ausbrüchen der Arbeiterbewegung. Mit der schließlichen Abnahme der hiesigen Arbeiterschaft hat auch die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ die öffentliche Meinung nicht erlaubt, gröblicher sie geheime Vereinigungen, die immer stärkeren Einfluss auf die Bergarbeiter erhielten. Dann kam der Krieg mit seinen Widern. Unser ungarischer Arbeiterverband schreibt: „Die Kriegsverhältnisse erschweren die Lage der Bergarbeiter noch mehr, aber zugleich damit gelangte auch der Organisationsgedanke immer mehr bei ihnen zur Reife. Freilich mußte es erst zu Erstlingsausbrüchen kommen, bis diejenigen, die die Organisation der Bergarbeiter hintanhalteten wollten, einsehen, daß sie mit ihrem Treiben die Kohlenproduktion einer Katastrophe zutreiben. Und so hat die Organisation der Bergarbeiter auch in Ungarn über alle Hindernisse hinweg sich Bahn gebrochen. Der erste Erfolg an und für sich beweist schon, wie notwendig diese Aktion war.“

Am 23. Januar 1918, endlich, genehmigte die Regierung die Verbandsstatuten, und nun konnten unsere Kameraden ihre Vereinigungsaktion öffentlich betreiben. Nach sechs Monaten seines Bestehens hatte der Verband 35 64 Mitglieder in 58 Ortsgruppen und 14 Jahreshellen und eine Einnahme von 12 400 Kronen! Damit hat sich schon der größere Teil der ungarischen Bergarbeiter dem Verbands angeschlossen, und zwar sind es die für die Vertriebsführung ausschlaggebenden Verbandsgruppen, die sich gewerkschaftlich organisiert haben. Der Mitgliederzettel wäre noch erheblich größer, wenn der Verbandsleitung mehr agitatorisch und administrativ geschulte Kräfte zur Verfügung ständen, die nicht erst herangezogen werden müßten. Ferner gibt es immer noch lokale Nachhelfer, die glauben, durch Selbsthilfe, Nachregelung der Arbeitsverhältnisse usw. den Bergarbeiterverband „kaputt“ machen zu können. Sie werden sich ebenso enttäuscht finden, wie die Kurzschäftigen, welche meinen, durch Militärisierung der Betriebe, ständige Gendarmenbesuche u. dergl. m. die Bergarbeiter zu „beruhigen“. Mit diesem System konnte man weder den Organisationsgedanken abtöten, noch die Kohlenförderung steigern. Das hat sich klar herausgestellt. Nun kommt es darauf an, daß unsere ungarischen Kameraden ihren Verband ständig fester auf- und ausbauen, der jungen Organisationen nicht mehr zuziehen, als sie leisten kann. Eine Organisation kann durch Ueberaushebung zerfällt werden, dafür liegen in der Bergarbeiterbewegung aller Länder genügend warnende Beispiele vor. Am 21., 22. und 23. September muß der Verband seine Generalversammlung in Budapest abhalten. Wir wünschen den Bestrebungen unserer Kameraden in Ungarn den besten Erfolg.

### Anknappschaffliches.

#### Was hat der Gewerkschaften alles zu treiben.

Wir erhalten aus dem Seifenfeldener und Eisenberger Torgrubengebiet ein Abplättchen des arbeitslosen Bergwerkes, wonach es die Bergarbeiter in Opa, Lutz und Wapfgruben, vormalig in der Wapfgruben Platz, nur diesem zu verdanken haben, daß sie jetzt Anknappschafflichkeiten angeschlossen werden. Dessen Letztgenannte habe sich bemerkt, durch eine Eingabe am 1. Oktober 1917 die königliche ungarische Regierung und den Bayerischen Landtag zu veranlassen, für die genannten Arbeiter einen einheimischen Anknappschaffsverein zu gründen. Das war wirklich rechtlich spät. Unser Verband hat dazwischen schon eine ältere Mitgliedschaft, und worauf es wohl ankommt, er hat nicht erst bis zum 1. Oktober 1917 gewartet, um für die Torgrubenarbeiter die Anknappschaffsrechte zu erwirken. Im Jahre 1909 erzwangte sich der Verband im Torgrubengebiet, und schon am 13. März 1909 besprachen wir in einem Artikel in der „Bergarbeiter Zeitung“ nicht nur die schlechten Verhältnisse bezüglich des Bergarbeiterlohnes auf den Torgruben, sondern wir haben auch die Errichtung eines Anknappschaffsvereins gefordert. Wir haben die Bergbehörde aufgefordert, dem Bayerischen Berggesetz von damals, Artikel 130 und 201, Abs. 2. Rechnung zu tragen. Diese Artikel gaben der Bergbehörde das Recht, Anknappschaffsvereine einzurichten. Verbandsführer haben in Versammlungen im Trentener auf die Notwendigkeit der Errichtung solcher Äffnungen hingewiesen. Am 6. Oktober 1909 ging an den bayerischen Landtag auf Veranlassung des Verbandes und durch unseren damaligen Vertrauensmann in Seifenfeldersheim unterschrieben, ein Gesuch ab, das lautet:

„Der ergebenst Unterzeichnete gestattet sich, Ew. Hochwohlgehorhen beiseitend die Eingabe der Arbeiterauswärtigen in der Bezirk Seifenfeldersheim-Eisenberg belegenen Torgruben um Errichtung eines Anknappschaffsvereins für die Bergarbeiter der fraglichen Torgruben, sowie die darauf erzielten abweisenden Beschlüsse des königlichen Oberbergamts zu München mit der höchsten Bitte zu überreichen, im Landtage ihren Einfluß dahin geltend machen zu wollen, daß dem Wunsche der Antragsteller Rechnung getragen wird.“

Die in dem Gesuch angeführten Eingaben waren schon im Mai und Juni 1909 abgegeben, und erstellten eine gründliche Darstellung der Durchführbarkeit und Notwendigkeit der für den Torgrubengebiete verlangten Anknappschaffsvereine. Am die Nummer der Abgegebenen ging dann am 23. Januar 1910 eine eingehend begründete Petition ab, in der die gleiche Forderung wie im vorhergehenden Jahre erhoben wurde. Die Reichsrats- und die zweite Kammer ersicht unter Mitarbeit unserer Bezirksleitung aus Seifenfeldersheim unterm 8. Dezember 1913 erneut eine besondere Petition, in der gefordert wurde:

„In Artikel 221 bitten wir zu bestimmen, daß die auf Torg, Kreide, Schwefelkiesgruben usw. und deren Nebenlagen beschäftigten Arbeiter in die Anknappschaffsvereine als Mitglieder aufgenommen werden.“

Den gleichen Satz finden wir in einer Petition vom 3. Oktober 1913 an die gleichen Kammer, die sich mit der Reform der gesamten bayerischen Anknappschaffsvereine befassen.

Dem ging am 17. März 1915 eine dem gleichen Zwecke dienende Eingabe ab, die von dem Bayerischen Abgeordnetenhaus die Veränderung des Berggesetzes oder Schaffung eines Anknappschaffs-Gesetzes verlangte. Am 23. November 1915 erfolgte eine Antwort auf eine Petition, die von 102 Torgrubenarbeitern, in der großen Mehrzahl Verbandsmitglieder, unterschrieben war. Die Antwort lautet:

„Die Kammer der Abgeordneten hat in der Plenarsitzung vom 22. und 23. November 1915 auf Grund des vom Bergbau-Ausschusse ab-

gegebenen Wortes über die von dem Torgrubenarbeiter Jakob Königsmüller in Seifenfeldersheim und 102 Genossen eingereichte Petition um Ergänzung des Artikels 221 des Berggesetzes dahin, daß die auf Torg, Kreide, Schwefelkiesgruben usw. und deren Nebenlagen beschäftigten Arbeiter in die Anknappschaffsvereine als Mitglieder aufgenommen werden, den Beschluß gefaßt, diese Petition der k. Staatsregierung als Material für die in Aussicht gestellte Vergesehensdekrete zurückzugeben. (Stenogr. Bericht Nr. 229.)

Wie eine Resolution zeigt, haben unsere Vorgesetzten auch den deutschen Reichstag und Bundesrat in Anspruch genommen (1915), um in der Reform vorwärts zu kommen.

Seitdem hat der Verband nicht geruht, um die jetzt eingetretene Reform glänzlich zu gestalten. Wenn die Bemühungen des Verbandes nicht schon vor Jahren von Erfolg gekrönt worden sind, dann lag das an Kräfte, die uns nicht nachhelften, dafür aber in Bayern politisch Trümpf sind. Wir brauchen die Widerschänder nicht zu nennen, sie dürften den bayerischen Kameraden recht gut bekannt sein.

Wir hätten von dieser Skandalisierung Abstand genommen, wenn sich nicht auch sonst überall das Bestreben zeigte, sich „alles allein“ zuzuschreiben, die Arbeit und Hilfe anderer aber totzuschweigen oder zu verkleinern. So war es anfänglich der letzten Kesselfischen Lohnbewegung und der Lohnbewegungen auch im Saargebiet. In der Frage der Verbandsbeamteten in Bayern schrieb sich der Gewerkschaften gleichfalls alles allein zu. So war es immer. Eine Veränderung ist da auch nicht zu erwarten.

### Verkehrte Mittel.

Infolge der mangelhaften Ernährung und sonstiger Verhältnisse, die der Krieg herbeiführt hat, sind die Krankezahlen sehr hoch. Daran läßt sich aber mit Zwangsmitteln nichts ändern. So wird uns jetzt von Berge Lohberg mitgeteilt, daß der Wohnungswalter die Kranken beschützt und zu übergeben sucht. Dadurch wird nur unnötiger Lärm hervorgerufen, wodurch nicht gebessert, sondern weit eher verschlechtert wird. Auch von anderen Orten ist uns schon mitgeteilt worden, daß Wohnungswalter die Kranken beschützen und zur Arbeit anzuhalten suchen. Das ist ungehörig. Zum Schutz der Kranken hat der Knappschaffsverein keine Krankenkassentouren. Man sollte sich endlich daran gewöhnen, im Arbeiter den freien Vertragstrahenten und nicht den Untergebenen zu sehen. Solche Verfassungen sind ungehörig und wirken erbittern.

Von Grube Reichsland in Hollingen wird uns berichtet, daß Arbeiter gesund gezeichnet wurden, die sich noch krank fühlen und nicht arbeiten können. Vom Arzt wurde gesagt, daß es sich um Dummelanten handelt, die arbeiten können. Mehrere Arbeiter sind schon gesund geschrieben worden, die sich noch krank fühlen. Sie können deshalb nicht arbeiten, erhalten aber auch kein Krankengeld. Darunter befinden sich Familienväter mit starker Familie, denen man nicht nachsehen kann, sie seien Dummelanten. Hoffentlich sieht der in Betracht kommende Arzt, Dr. Böhm, ein, daß allzu leichtsinnig macht. Mit solchen Mitteln läßt sich der schlechte Gesundheitszustand der Arbeiter nicht heben.

### Mißstände auf den Gruben.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Graf Rolke 3 und 4. Von hier wird uns geschrieben: Auf dieser Anlage ist der Betriebsführer Jemie, der früher fast Tag für Tag, des Morgens kurz vor 6 Uhr, des Mittags kurz vor 2 Uhr, kaum da, er die Tür der Steigerstube erreicht hatte, mit Steinfische, viel usw. um sich warf. In der letzten Zeit ist ein auffälliger Umkehrung eingetreten. Wie es aber auch jetzt noch heißt, zeigen folgende Vorgänge: Am letzten Juli d. Js. mußten vier Arbeiter ihre Papiere nehmen. Die vier Arbeiter (Junge Purtschen im Alter von 19 bis 21 Jahre) hatten sich eines Abends kurz vor 11 Uhr die Wirtshausstube nach Hause) auf der Türe des Herrn Betriebsführers einen Zigarette angesteckt (es rauchte und sie hatten sich dem untergeleitet), wobei dann einer von uns inselbe gegenüberliegenden Stofens der Türe mit dem Bein zu nahe gekommen war. Durch das verursachte Geräusch glaubte Herr Jemie, die Purtschen hätten entweder bei ihm eindringen, oder aber vielleicht ihm selbst etwas getuht. Dies der Sachverhalt, warum die vier Leute am letzten Juli entlassen wurden. Es liegt mir gewiß fern, da Verbalen dieser vier Leute irgend entscheidend zu wirken. Aber war das Vergehen denn dazum, daß vorher einer Anzeige bei der Polizei aus die Entlassung erfolgen müßte? Zumal doch die Väter dieser Purtschen schon sehr lang auf der Grube in Arbeit seien und sich in keiner Weise etwa haben zu schutzen kommen lassen. Es handelt sich in der Tat doch nur um einen dummen Menschen. So sind nach meiner Meinung keine Galanten und Vagabunden, wie sich der Herr Betriebsführer bei einem der Vater ausdrückt. Und hiermit nicht genug, glaubte Herr Jemie daran nach Tagen zu müssen, daß wenn es ihm beliebt, er auch die Väter aus der Wohnung schmeißen würde. Herrn Jemie möchte ich aber den Aberglauben, in seinen Ausdrücken etwas vorzutagen zu sein. Es ist traurig, daß Vater, die glauben, an ihren Söhnen eine Stütze zu haben, nun diese seit einigen Jahren in Kost gehen lassen müssen. Denn wer nicht auf der Grube arbeitet, darf auch nicht in der Wohnstube bleiben. — Der zweite Fall betrifft einen Arbeiter, Friedrich Benckert. Dieser Arbeiter wurde am 9. August, als er sich beim Betriebsführer melden wollte, da er sich Tags zuvor beim Fahrleiter über das Gedinge beklagt hatte, zum letzten gefaßt. Herr Betriebsführer Jemie scheint demnach viel zu viel Leute zu haben. Sinnvollere Arbeit, Wille im Interesse der Gesellschaft selbst liegt, mag dahingehlet bleiben. Jedenfalls aber hat die Gesamtheit ein sehr großes Interesse daran, daß man Arbeiter, die in einer der wichtigsten Industriezweige eingebettet sind und tätig sind, nicht ohne Grund entläßt. Auch hat die Gesamtheit noch insofern ein Interesse daran, daß namentlich durch solches Verhalten leicht Brände entziehen können, die für das ganze Vaterland von unabsehbaren Folgen sein können. Von allen Seiten wird doch immer wieder darauf hingewiesen, daß alles vermieden werden soll und muß, um Unzufriedenheit und Verbitterung hervorzurufen, damit wir nicht gezwungen werden, durch innere Verhältnisse den Kampf draußen ohne Sieg beendigen zu müssen. Es ist auch der Herr Betriebsführer Jemie der Trägheit seines Handelns wohl bewußt?

Sehe Schlägel und Eisen 5 u. 6. Wie es hier mit den Löhnen steht, zeigt uns das Lohnbuch eines Kamers, welcher verdiente:

November 1917	auf 25 Schichten 275,87	Ä	gleich 11,03	Ä	pro Schicht
Dezember 1917	auf 21 Schichten 240,01	Ä	gleich 10,--	Ä	pro Schicht
Januar, 1918	auf 20 Schichten 210,24	Ä	gleich 10,51	Ä	pro Schicht
Februar 1918	auf 16 Schichten 181,--	Ä	gleich 11,31	Ä	pro Schicht
März 1918	auf 18 Schichten 201,23	Ä	gleich 11,15	Ä	pro Schicht
April 1918	auf 25 Schichten 335,80	Ä	gleich 13,44	Ä	pro Schicht
Mai 1918	auf 26 Schichten 331,11	Ä	gleich 10,81	Ä	pro Schicht
Juni 1918	auf 21 Schichten 268,--	Ä	gleich 10,75	Ä	pro Schicht
Juli 1918	auf 27 Schichten 331,--	Ä	gleich 9,30	Ä	pro Schicht

Der Mann hat also nur einmal in der ganzen Zeit über 18 Mark, sonst aber immer weit weniger verdient. Die Zusammenfassung zeigt, daß die Erfinden des Arbeiters bei dem jetzigen Bedingensystem vom Zufall abhängig ist. Wer Glück hat, verdient viel, wer Pech hat, verdient wenig. Das ist ein direkt verhängnisvoller Zustand.

Sehe Verne 3. Am 24. August mußten hier etwa 35 Leute der Mittagschicht nach Hause gehen, weil sie um 2:30 Uhr noch nicht eingekahren waren, obwohl die Zeilfahrt bis 2:30 Uhr geht. Es waren demnach, als ob Leute und Woblen zu viel da sind. Wenn das wirklich so wäre, dann hätte man die Leute in der westlichen Richtung beschäftigten Innern, die unbedingt gereinigt und trocken gehalten werden muß. Bei den heutigen Schichtverhältnissen hätte das schon längst geschehen müssen.

Sehe Pullen 2. Seit einiger Zeit ist hier auf der Hängebank eine Tafel angebracht, worauf die in den Waggons enthaltenen Verge nach Gewicht angegeben werden. Man werden aber die Angaben nach Gewicht bezogt. Um so festhalten müßt die Angaben der Verge

nach Gewicht an. Die Arbeiter wüssen nicht einmal genau, welches Gewicht ein beladener Kohlenwagen hat, sofalls auch nicht, in welchem Verhältnis die angegebenen Verge dazu stehen. Die Wagen müssen über den Rand hinaus angefüllt beladen werden. Den Arbeitern wäre es deshalb auch lieber, wenn nach Gewicht bezogt würde, denn könnten auch die Verge nach Gewicht abgelesen werden. Die Grubenlampen müßten auch besser in Ordnung gehalten werden, damit sie den Arbeitern nicht so viel Unannehmlichkeiten verursachen.

### Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

#### Braunkohlenwert Verminghoff.

Die Bergarbeiter dieses großen Braunkohlenwertes muß lebhaft Klage über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen. Die Behandlung durch einzelne Verwaltungsbeamten. Statt in dieser feuren Zeit den Arbeitern Lohnerhöhungen zu gewähren, sind Lohnabzüge von 20 bis 30 Pf. die Schicht gemacht worden. Bis jetzt eine Behandlung, die die größte Erbitterung erzeugen muß. Der Steiger H. — früher selbst ein Arbeiter — fragt nicht erst, ob alles in Ordnung ist, sondern gibt bald seine Anwesenheit durch Schimpfworte und wie: „verfluchte Schweine“, „vollgefressene Säuen“, „verfluchte Bande“, „los, los, sonst komme ich gegen“ u. dergl. m. Durch solche Schreierereien wird aber gerade das Gegenteil erzielt und die Arbeitsfreudigkeit vollends vernichtet. Als Aufseher und Kolonnenführer sind Leute angestellt worden, denen es oftmals an den erforderlichen praktischen Kenntnissen mangelt, die sie infolge der Länge ihrer Tätigkeit im Bergbau sich noch erworben haben können. Ihnen sind die alten erfahrenen Leute unterstellt, und werden oftmals unehrenhaft unter ihrer „Energie“. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der neuen Fabrik unter Werkmeister Stimpfer. Auch hier ist die Parole: „los, los“. Auf die besonderen Verhältnisse wird keine Rücksicht genommen. Obwohl der Betrieb noch neu, so hat heretbe doch schon unter Explosionen gelitten, die vielleicht hätten vermieden werden können. Rüstlich um 6 Uhr früh muß angefangen werden, aber abends bei Einbruch der Dunkelheit ist der Tag nur 10, 15 und 20 Minuten länger. Man betrachtet es als selbstverständlich, daß die Arbeiter über die Zeit dabei sind. Die Schicht von 6 bis 6 Uhr ist ja nicht lang. Der ganze Arbeitertausch dieses großen neueröffneten Braunkohlenwertes besteht aus ... zwei gewählten Vertretern, die gewählt worden sind, als der Betrieb im Gange begriffen war. Der eine ist wochenlang bei einem Zimmermeister auswärtig tätig und nicht amwesend; der zweite räumt sich mit dem Direktor gut zu verstehen. Das dieses „Verstehen“ sich schon für die Bergarbeiter vorteilhaft bemerkbar gemacht hätte, davon ist nichts zu hören. Dagegen glaubt dieses Ausschussmitglied sich ein großes Verdienst durch Bekämpfung des Verbandes zu erwerben. Wir rufen ihm aber, davon abzulassen. Ein Verband hat sich schon viele die Löhne ausgegeben, die sich nachher mit ihm umgucken. Die Zeit, die Arbeiterorganisationen durch Umorganisation zu befechtigen, ist vorbei. Selbst in Regierungskreisen hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß die Organisationen der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen notwendig sind. Ein Direktor mußte erklären: „Wir haben uns organisiert, da können wir es unseren Arbeitern auch nicht verwehren.“ Schuld an diesen Zuständen trägt die Bergarbeiter selbst. So lange noch ein großer Teil der Organisation fernbleibt und bei Wahlen, wie bei der letzten Verbandswahl, noch Beamte gewählt werden, braucht man sich nicht zu wundern, daß man in dieser Weise behandelt wird. Organisiert euch und nehmt euch ein Beispiel an dem Mutterwert Clara.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Herrnannehmung beruht auf Rechtefreiheit!

Diese unbestreitbare Tatsache kann den Unorganisierten nicht oft und eindringlich genug vor Augen gehalten werden. Die Bergarbeiter sind Verkäufer ihrer Arbeitskraft, die Verleser sind Käufer derselben. Folglich haben die Bergarbeiter zu den Verlesern auch im gleichen Verhältnis, wie der Verkäufer zum Käufer. Die sind keine Untergebenen, sondern gleichberechtigte Vertragstrahenten. Uebersehende

#### Herrnannehmung

aber hat aus den freien Bergarbeitern Untergebene gemacht. Das war nur möglich, weil diese es verstanden, sich zu gemeinsamer Uebernahme zusammenzuschließen. Seit der Inkraftsetzung im Bergbau befindet sich an seine Stelle die ibrantlose Ausbeutung der Natur- und Menschenträfte getreten ist, sind die Bergarbeiter immer mehr entrecht und unterdrückt worden. Das ist natürlich und

#### nur

nicht übersehbar. Die Verleser waren immer lange, weitaussehende Geschäfte, die für alles dienbar machen, was zweckmäßig erschien. In dieser Beziehung waren für den Bergarbeiter immer mit siebenmeckrigen bewandt. Um ihren Interessen zu dienen, haben sie sich immer enger zusammengeschlossen, dem Zusammenbruch der Arbeiter aber entgegengegriffen.

#### dort

immer wieder in Ermahnung treten, zeigen deutlich, wie es auch unter den Unorganisierten geht. Aber gerade daran leiden wir. Es fehlt an klarer Erkenntnis. Die Unorganisierten glauben mit solchen Gefühlsauswühlungen wunder was erreichen zu können. Sie überleben völlig, daß damit nichts erreicht werden kann, wenn dahinter nicht auch die entsprechenden Taten stehen.

#### herrschen

bei ihnen lediglich Gefühle, und nicht die feste Ueberzeugung. Würden sie auch da dem Willen der Verleser folgen, dann wäre allen geschöten. Sinter den leidenschaftlichen Gefühlsauswühlungen, die sich in Unwissenheit und dergleichen Luft machen, stehen aber keine entsprechenden Taten. Wenn sie vorraut sind, ist die Ergebenheit und Rechtfertigung zunächst größer wie vorher. All natürlich!

#### nur

rohe Kräfte sinnlos watten, da kann sich kein Gebild gestalten. Das haben auch die Verleser klar erkannt, und dementsprechend werden die Unorganisierten behandelt und eingeschlägt. Sie wissen nur zu gut, daß dieselben Unorganisierten, die sich heute wild aufbäumen, morgen um so gefäßiger sind. Selbstverständlich machen sie sich diese Schwächen bemerkbar. Wo es die

#### Rechtfertigkeit

gestattet, kann sich die Herrnannehmung ungeheuer ausdehnen. Wir müssen daher der Rechtfertigkeit Kampf anlegen. Mit der Rechtfertigkeit verwindet auch die Herrnannehmung. Das muß den Unorganisierten überall mit dem notwendigen Nachdruck zu Gemüte geföhrt werden. Es nützt nichts, die Faust in der Tasche zu halten und da zu schimpfen, wo es niemand hört. Unsere Aufgabe

#### besteht

darin, alle Kräfte zielbewußt zusammenzuföhren, um sie dem gemeinsamen Ziele dienbar zu machen. Nur in der Einigkeit liegt die Kraft und die Gewähr des Erfolges. Vereinigt sind auch die Schwachen mächtig. Bei gleicher Macht haben die Bergarbeiter auch das gleiche Recht wie die Verleser. Diese Macht besitzen wir, wenn alle Bergarbeiter restlos ihre Organisationspflicht erfüllen. Rechtfertigkeit und Herrnannehmung werden dann von selbst verschwinden. Treffend sagt der Dichter August Geißler Bürger:

„Viel Klagen hör ich oft erheben vom Hochmut, den der Größe lüßt, der Großen Hochmut wird sich geben, wenn unsere Frecherer sie gibt.“

#### Brügelnde Grubenbeamte.

Von mehreren Seiten sind uns in jüngerer Zeit Klagen zugegangen über Verleserbeamte, die sich schon nicht mehr damit begnügen, ihre schlechte Erziehung durch unflätige Schimpfworte zu verraten, sondern die zu Tätlichkeiten gegen Arbeiter übergehen. Es die Herren glauben, durch Prügel die „Stimmung heben“ zu müssen, wissen wir nicht. Im allgemeinen können wir den Arbeitern nur raten: Wehri end! Schlagen ist verboten! Widerschlagen aber nicht! Wer sich geduldig brügeln läßt, nun, der muß wohl Gefallen daran finden. Wenn allerdings der Prügel ein erweichendes, harter Mensch, der Geprügelte ein gewöhnlicher

fast noch kindlicher, jugendlicher Mensch ist, so kann dieser sich selbst nicht helfen, dann müssen die Eltern oder die Mitarbeiter des Arbeitgebers...

Ausführung auf Graf Schwerin.

Am 19. August fand auf Zeche Graf Schwerin 1, 2 und 3 eine Ausführung statt, in welcher zunächst die Lohnfrage behandelt wurde.

Ausführung auf Zeche Holland 3 und 4.

Am 19. August fand auf Zeche Holland 3 und 4 eine Ausführung statt, in der auch die Lohnfrage behandelt wurde.

Ausführung auf Zeche Döpel.

Am 22. August fand auf Zeche Döpel eine Ausführung statt, in welcher zunächst die Lohnfrage behandelt wurde.

Ausführung auf Coalordia.

Am 24. August fand auf Zeche Coalordia 4 und 5 in Oberhausen eine Ausführung statt, in welcher auch die Lohnfrage behandelt wurde.

Die Grubenhandwerker werden weiter belogen.

In den bisherigen Wätern wird vom christlichen Metallarbeiterverband ein Bericht veröffentlicht, wonach über 100 Delegierte von mehr als 50 Bergwerksanlagen...

Später ihr Herz für die Handwerker entdecken, versuchten im Interesse des Mitgliebsbuches nachträglich so etwas wie eine Lohnbewegung zu machen...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Neu-Hoffnungshöfen in Ems vor dem Schlichtungsausschuss.

Am 9. Juli d. J. überreichte der Arbeiterausschuss der Grube Neu-Hoffnungshöfen im Auftrag der Belegschaft, geführt auf das Stillschließen...

- I. Allen männlichen und weiblichen Arbeitern über Tage auf den Gruben und Aufbereitungsanlagen und Nebenbetrieben...
II. Die bislang für die Ehefrauen, die Kinder und sonstigen zu unterstützenden Angehörigen gezahlte Zulage mit 0,10 Mark pro Kopf...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Zugehörige in Niederschlesien.

Am 22. Juli d. J. ersuchte die Bezirksleitung unseres Verbandes, des Gewerkschafts S. D. und des christlichen Gewerkschafts in einer gemeinsamen Eingabe die Staatsregierung...

fahrere Schicht erhöht. Ferner wird eine Aufbesserung der Feuerungsanlagen für linderreiche Familien eintreten.

Von den Schmiedberger Bergleuten.

In der am 26. August d. J. abgehaltenen Versammlung in der Schillerstraße in Schmiedberg referierte unser Bezirksleiter Brötner aus Waldenburg über den Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes...

Lebhaftige Klage wird über die Verteilung der Grubenverwaltung zugeführten Lebensmittel für die Belegschaft geführt. Die Belegschaft hat nicht, was für Lebensmittel zugeführt werden...

Saargebiet und Reichslande.

Weitere Zugeständnisse im Saarbergbau.

In voriger Nummer der Bergarbeiter-Zeitung haben wir über den Verlauf der Verhandlungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände mit der Bergwerksdirektion berichtet...

Die in Aussicht genommene Lohnhöhung von 1 Mark je befahrene Sauerficht wird, nachdem der Minister für Handel und Gewerbe sich damit einverstanden erklärt hat...

Der Minister hat also dem Wunsch der Bergarbeiter nur teilweise entsprochen. Jünger bringt das neue Lohnabkommen für die Saarbergarbeiter nennenswerte Verbesserungen...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 36. Woche (vom 1. bis 7. September 1918) fällig.

Wir machen darauf aufmerksam, daß jede ausgezahlte Unterstützung sofort in das Mitgliebsbuch eingetragen werden muß. Es ist durch Bücherkontrolle wiederholt festgestellt...

- Bezirk Saarbrücken. Folgende Mitglieder werden gebeten, ihre Mitgliebsbücher von uns einzufordern: Nr. 239 970, Heinrich Kervin, geb. 15. 10. 1897...

Bibliotheken.

Spittel. Seit dem 1. Juni ist die Poststelle im Besitze einer Bibliothek. Jeden Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr...

Krankenunterstützungsauszahlung.

Bingsdorf. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden letzten Sonntag im Monat unter Vorzeigung des Krankenscheines...

Adressenveränderungen.

Vorstand II. Da der Kamerad Dick bis zum 10. Oktober verreist ist, so führt während dieser Zeit der Kamerad Geinr. Babude...

Sterbetafel

- Auf den Schicksalshelden sind gefallen: Meuter gen. Wegener, Sommerberg. Hermann Hoffe, Sonderhausen. Arthur Posse, Sonderhausen.